WAHLMONITOR iep

Wahlen Lettland

Sāra Elizabete Vīnberga

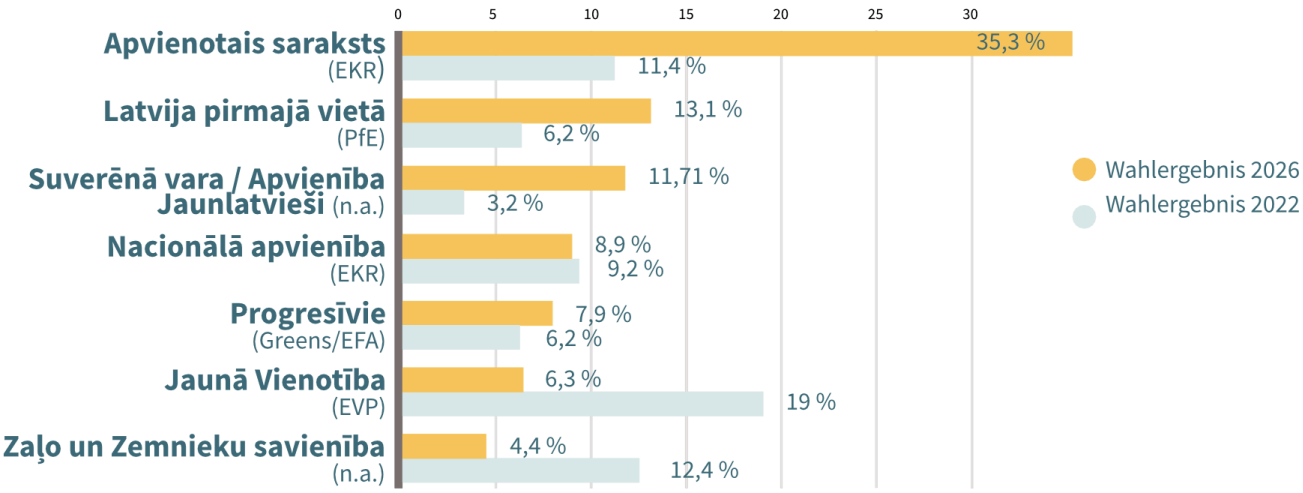
Überblick über die Wahlergebnisse

Am 3. Oktober 2026 fanden in Lettland die Wahlen zur 15. Saeima statt. Die „Apvienotais saraksts“ (Vereinigte Liste) von Ministerpräsident Andris Kulbergs gewann mit 35,29 Prozent und sicherte sich 41 der 100 Sitze in der Saeima, ein deutlicher Zugewinn verglichen mit nur 11,14 Prozent und 15 Sitzen im Jahr 2022. Es folgen „Latvija pirmajā vietā“ (Lettland zuerst) mit 13,08 Prozent und 17 Sitzen, „Suverēnā vara/Apvienība Jaunlatvieši“ (Souveräne Macht/Union der jungen Letten) mit 11,71 Prozent und 15 Sitzen, die „Nacionālā Apvienība“ (Nationale Allianz) mit 8,90 Prozent und 10 Sitzen, die „Progresīvie“ (Progressiven) mit 7,88 Prozent und 10 Sitzen sowie die „Jaunā Vienotība“ (Neue Einheit) mit 6,36 Prozent und sieben Sitzen.

Verschiedene Entwicklungen unterscheiden die Wahl von 2026 von früheren Wahlen. Am auffälligsten ist, dass die Vereinigte Liste ihre Mandate im Vergleich zu 2022 um rund 170 Prozent steigern konnte, während die Neue Einheit von 19,19 Prozent und 26 Sitzen auf 6,36 Prozent und sieben Sitze zurückfiel. Die „Zaļo un Zemnieku savienība“ (Union der Grünen und Bauern) fiel von 12,58 Prozent und 16 Sitzen auf 4,4 Prozent zurück, was bedeutet, dass sie zum ersten Mal in ihrer 24-jährigen Geschichte keinen Sitz in der Saeima erringen konnte. Politikwissenschaftler:innen wiesen darauf hin, dass die „Vereinigte Liste“ und die „Union der Grünen und Bauern“ teilweise um dieselbe Wählerschaft konkurrieren, was diese dramatische Verschiebung der Wählerstimmen erklären könnte.

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission (CVK) war die Wahlbeteiligung besonders bemerkenswert: Nur 51,79 Prozent (806.641 von 1.557.615 Wahlberechtigten) nahmen an der Wahl teil, verglichen mit 59,41 Prozent im Jahr 2022, was letztlich die niedrigste Wahlbeteiligung in der Geschichte der lettischen Parlamentswahlen bedeutet. Die Wahlbeteiligung variierte geografisch erheblich, von 59,05 Prozent in Vidzeme bis zu nur 46,43 Prozent im Wahlkreis Riga.

Die Berichterstattung über die lettischen Wahlen zeigt, dass im Wahlkampf vor allem Themen wie nationale und innere Sicherheit, Wirtschaftswachstum und Besteuerung, Gesundheitswesen, Bildung, Energiepolitik, Migration und regionale Entwicklung im Vordergrund standen. Erste politische Analysen deuten jedoch darauf hin, dass das Ergebnis auch als Forderung nach politischem Wandel verstanden werden kann, ohne dass dabei der bestehende Kurs der Regierung vollständig abgelehnt wird. Der lettische öffentlich-rechtliche Rundfunk (LSM) befragte Politikwissenschaftler:innen, die den Wunsch der



Wähler:innen mit „Wandel, aber keine Revolution“ zusammenfassten. Diese Interpretation passt zum außergewöhnlichen Stimmenzuwachs der regierenden „Vereinigten Liste“ und zur persönlichen Beliebtheit von Kulbergs, der 58.489 positive Kandidatenbewertungen erhielt, mit Abstand die höchste von LSM gemeldete Einzelzahl. Anstatt das Ergebnis also ausschließlich einem einzigen politischen Thema zuzuschreiben, deuten die vorliegenden Erkenntnisse derzeit auf eine Kombination aus Bedenken hinsichtlich der Regierungsführung und der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik sowie der Unterstützung für Kulbergs und seine Partei hin.

Der vielleicht wichtigste Trend ist jedoch die Kombination aus geringer Wahlbeteiligung und erheblicher Unsicherheit unter den Wähler:innen. Kurz vor dem Wahltag ergab eine landesweite Umfrage, dass fast jede:r fünfte Wähler:in noch nicht wusste, welche Partei er oder sie unterstützen würden. Berichte aus den Wahllokalen bestätigen dieses Bild. Der lettische Rundfunk befragte Wähler:innen in Riga, die die Entscheidung wiederholt als schwierig bezeichneten: Einige verwiesen auf die große Zahl konkurrierender Parteien, andere auf nicht eingehaltene politische Versprechen und mangelndes Vertrauen, während wieder andere die Entscheidung als die Wahl des Besten unter unvollkommenen Alternativen beschrieben. Ähnliche Ansichten wurden auch anderswo berichtet, wobei die Wähler Unsicherheit darüber äußerten, welche Partei ihre Unterstützung verdiene, gleichzeitig aber die Bedeutung der Teilnahme betonten.

Obwohl die vorliegenden Erkenntnisse keine Rückschlüsse darauf zulassen, warum einzelne Nichtwähler:innen sich der Stimme enthielten, wirft die Kombination aus historisch niedriger Wahlbeteiligung, erheblicher Unentschlossenheit vor der Wahl und Berichten von Wähler:innen, die Schwierigkeiten hatten, eine überzeugende politische Wahl zu treffen, weiterreichende Fragen hinsichtlich des politischen Engagements, des Vertrauens und der Identifikation mit den verfügbaren Alternativen auf.

Regierungsbildung

Das Wahlergebnis deutet auf einen relativ klaren Prozess der Regierungsbildung hin, insbesondere im Vergleich zu früheren Wahlen in Lettland, die oft komplizierte Koalitionsverhandlungen nach sich zogen. Die starke Position der „Vereinigten Liste“ verleiht ihr eine zentrale Rolle bei der Bildung der nächsten Regierung. Im Vorfeld der Wahlen hatte sie erklärt, die Zusammenarbeit mit ihren derzeitigen Koalitionspartnern, der „Nationalen Allianz“ und der „Neuen Einheit“, fortsetzen zu wollen, was eine stabile parlamentarische Mehrheit gewährleisten würde. Dennoch dürften die Verhandlungen nicht ganz unkompliziert verlaufen. Die Hauptfrage dürfte das Kräfteverhältnis innerhalb der Koalition betreffen, insbesondere die Verteilung der Ministerposten und den Einfluss der kleineren Partner. Während die „Vereinigte Liste“ argumentiert, dass die Regierungszusammensetzung das Wahlergebnis widerspiegeln sollte, betonen ihre potenziellen Partner wie wichtig es ist, einen maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung zu behalten.

Die nächsten Schritte umfassen Verhandlungen über den Koalitionsvertrag, das Regierungsprogramm und die Verteilung der Ministerposten. Präsident Edgars Rinkēvičs wird anschließend einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragen, diese muss das Vertrauen der neu gewählten Saeima erhalten. Insgesamt stellt eine Fortsetzung der bestehenden Koalition derzeit die einfachste Option dar.

Europapolitische Auswirkungen

Das Wahlergebnis dürfte die europäische Ausrichtung Lettlands kaum grundlegend verändern. Angesichts der zu erwartenden Kontinuität der Regierungskoalition wird Lettland sich voraussichtlich weiterhin nachdrücklich für die Zusammenarbeit mit der EU und der NATO, die Unterstützung der Ukraine, Sanktionen gegen Russland und die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten einsetzen. Auf EU-Ebene werden auch die Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen von Bedeutung sein, wobei Lettland voraussichtlich für mehr Mittel in den Bereichen Sicherheit, EU-Ostgrenze, Kohäsion, Landwirtschaft und strategische Infrastruktur eintreten wird. Im Bereich der Sozial- und Wertepolitik könnte es jedoch zu größerer Unklarheit kommen. Die Istanbul-Konvention bleibt politisch umstritten und wird wieder auf der Tagesordnung der neu gewählten Saeima stehen.

Die möglichen Vorgehensweisen reichen von der Verschiebung weiterer Entscheidungen bis hin zur Durchführung eines konsultativen Referendums, was darauf hindeutet, dass das Thema auch in die Verhandlungen zur Regierungsbildung einfließen könnte. Folglich scheint es wahrscheinlich, dass die Wahl eher zu Kontinuität in Lettlands zentraler europäischer Außen- und Sicherheitspolitik führen wird als in sozial sensiblen Politikbereichen. Lettland dürfte daher weiterhin ein aktiver Befürworter der europäischen Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Ukraine bleiben, während Fragen zur Istanbul-Konvention, zur Gleichstellung der Geschlechter und zu damit verbundenen sozialpolitischen Themen zu größeren innenpolitischen Meinungsverschiedenheiten und möglicherweise zu einer zurückhaltenderen Haltung Lettlands in den entsprechenden europäischen Debatten führen könnten.

Über die Autorin
Sara Elizabete Vinberga ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiterin des EU-Programms am Lettischen Institut für Internationale Angelegenheiten. Sara Elizabete hat einen Master of Science in Europastudien von der Universität Maastricht und absolviert derzeit ihren zweiten Master of Science in Energieökonomie und -finanzwesen an der Universität Aberdeen.

Über den EU Wahlmonitor
Der EU-Wahlmonitor des IEP begleitet und beleuchtet die innereuropäischen Wahlen mit Factsheets, Hintergrundinformationen, Kurzinterviews und Wahlanalysen. Das IEP fördert damit die transnationale Debatte zu europapolitischen Themen.

Über IEP
Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

Editor
Daniel Hegedüs

Redaktion
Jakob Burger, Julia Winter

Layout
Felizia Lehrke, Julia Winter

ISSN: 2941-0088
Dieser Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung - nicht kommerziell - keine Bearbeitungen 4.0 International.

Unterstützt durch

Auswärtiges Amt

iep

Institut für Europäische Politik e. V.
Bundesallee 23
10717 Berlin

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de